

Weltweit wächst der Widerstand gegen die Freihandelslobby

Die von 350 europäischen Organisationen getragene **Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA** hatte schon zwei Monate nach ihrem Start im Oktober 2014 eine Million Unterschriften gesammelt und die Anforderungen einer eingetragenen Europäischen Bürgerinitiative erfüllt.

Inzwischen haben mehr als 1,65 Millionen Menschen unterschrieben.

**Machen wir die zwei Millionen voll!
Unterschreiben auch Sie!**



TTIP-, CETA und TiSA-freien Zonen

Kommunale Spitzenverbände wie der Deutsche Städte- und Landkreistag warnen wegen des hohen Privatisierungsdrucks und der Beschneidung kommunaler Selbstverwaltungsrechte vor TTIP und ähnlichen Abkommen.

Zahlreiche Kommunen – darunter die Städte Mainz und Wiesbaden sowie die Landkreise Darmstadt-Dieburg, Odenwald und Bergstraße – haben ihren Protest erklärt.

Machen wir auch Darmstadt zur TTIP-, CETA und TiSA-freien Zone und erhöhen den politischen Druck, die Freihandelsabkommen zu stoppen!



BÜNDN/S
STOPPT TTIP&Co
Darmstadt Dieburg
www.stoppt-ttip-und-co.de



Bezirk Südhessen



Weltweiter Aktionstag: Stoppt TTIP, CETA, TiSA!!



Zivilgesellschaftliche Organisationen aus aller Welt – NGOs, Gewerkschaften, Umwelt- und Kulturverbände, kirchliche Organisationen und indigene Bevölkerungsgruppen – rufen auf zum globalen Aktionstag gegen Freihandelsabkommen im Interesse multinationaler Konzerne. Sie alle treten für demokratische Verhältnisse ein und für eine Wirtschaftspolitik, die den Menschen und der Umwelt dient.

Denn geheim verhandelte Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TiSA

- bedrohen Arbeitsrechte, Umwelt- und Datenschutz,
- gefährden Schutz und Förderung der regionalen Kultur,
- greifen kommunale Selbstverwaltungsrechte an und zielen auf Privatisierung öffentlicher Leistungen wie Trinkwasser und Bildung,
- benachteiligen die regionale und bäuerliche Wirtschaft,
- räumen Konzernen Sonderklagerechte und erweiterten Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren ein,
- untergraben Rechtsstaatlichkeit und Demokratie,
- und verschärfen die Armut im globalen Süden.

BÜNDN/S
STOPPT TTIP&Co
Darmstadt Dieburg

TTIP (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*), das geplante Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA, wird seit Juli 2013 von der EU-Kommission verhandelt. Im Kern geht es um die marktgerechte Anpassung nichttarifärer (nicht zollgebundener) Investitions- und Handelshemmnisse. Hierzu zählen neben technischen Normen vor allem Arbeitsrechte, Umwelt- und Gesundheitsstandards, Kulturförderung oder die Regulierung der Finanzmärkte. Parlamentarische Entscheidungen sollen von internationalen Konzernen u.a. durch einseitige Sonderklagerechte gegen Staaten (Investor-Staat-Streitbeilegung, ISDS) ausgehebelt werden können.



CETA (*Comprehensive Trade and Investment Partnership*), das bereits ausverhandelte Abkommen zwischen der EU und Kanada soll noch 2015 vom EU-Parlament und den nationalen Parlamenten ratifiziert werden. CETA gilt als inhaltliche Vorlage für TTIP. Der Vertragstext sieht einschneidende Eingriffe in alle Lebensbereiche vor: So ist hier das Sonderklagerecht (ISDS) ausländischer Konzerne gegen Staaten bereits verankert. Es gilt für alle Unternehmen mit Niederlassungen in den Vertragsgebieten. Wird CETA ratifiziert, könnte z.B. Monsanto neu erlassene Kennzeichnungspflichten für gentechnisch verändertes Saatgut in EU-

Ländern angreifen. Durch Angleichung von Zulassungsstandards würde u.a. ein Einfalltor für chlorbehandelte Lebensmittel oder Tiermasthormone geschaffen. Die Einhaltung internationaler Arbeitsnormen (ILO) ist im Vertragstext unvollständig geregelt, was auch das Recht auf kollektiv verhandelte Tarifverträge betrifft. Im Kapitel zur öffentlichen Beschaffung von Dienstleistungen wie Bauarbeiten fehlen verbindliche Arbeits- und Sozialstandards. Die Kopplung öffentlicher Aufträge an die Förderung der regionalen Wirtschaft oder Kultur ist untersagt.

TiSA (*Trade in Services Agreement*) ist das seit 2012 verhandelte Dienstleistungsabkommen zwischen der EU und 21 weiteren Staaten, darunter den USA, Kanada und Australien. Es zielt auf die radikale Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Wasser, Bildung, Gesundheit und Kultur. Einmal vorgenommene Privatisierungen wären unumkehrbar. Der Datenhandel soll soweit liberalisiert werden, dass alle Daten, auch persönliche, frei transferiert, verarbeitet und gespeichert werden können.

Alle drei Abkommen bedienen die Interessen internationaler Konzerne zu Lasten des Gemeinwohls und der parlamentarischen Demokratie.

Die wichtigsten gemeinsamen Merkmale sind:

- **Geheimhaltung:** Verhandelt wird weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der gewählten Parlamente, während Wirtschaftslobbyisten am Verhandlungstisch sitzen.
- **Harmonisierung und wechselseitige Anerkennung:** Staatliche Regelungen zum Schutz von Umwelt, Arbeitsstandards, Kultur, Datensicherheit etc. werden auf den kleinsten gemeinsamen Nenner heruntergehandelt. Gelingt dies nicht, sollen unterschiedliche Sozial- und Umweltauflagen gegenseitig anerkannt werden. Produkte, die auf höheren Standards basieren, hätten dann mit billigeren Produkten auf dem Markt zu konkurrieren. Dies hätte u.a. zur Folge, dass sich in der EU geringere umweltpolitische Standards durchsetzen. Betroffen wäre auch die zur Zeit strengere Finanzmarktregulierung der USA.
- Konzerne sollen ein **einseitiges Sonderklagerecht gegen Staaten** außerhalb der nationalen Gerichtsbarkeit vor privaten Schiedsgerichten zur „Investor-Staat-Streitbeilegung“ (ISDS) erhalten. Ausländische Konzerne könnten dann z.B. Regierungen wegen Neueinführung von Mindestlohn zu milliardenhohem Schadensersatz verklagen. Zwar will EU-Handelskommissarin Malmström diese Regelung angesichts der massenhaften Einwände im ISDS-Konsultationsverfahren leicht ändern, indem sie Berufungsmöglichkeiten und mehr Transparenz einfordert. Der antidemokratische Kern des ISDS-Mechanismus bliebe aber dennoch erhalten: Investoren könnten weiterhin ein privates Rechtssystem nutzen, um parlamentarische Entscheidungen zu untergraben.
- Im Wege der „**regulatorische Kooperation**“ sollen private Akteure vor der parlamentarischen Befassung in die Gesetzgebung einbezogen werden. Neu eingerichtete „Kooperationsforen“ hätten die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf den internationalen Handel zu prüfen. Damit besteht die Gefahr, dass gemeinwohlorientierte Gesetzesentwürfe, die nicht Konzerninteressen entsprechen, bereits vor der parlamentarischen Auseinandersetzung durch Lobbyarbeit unterbunden werden.

Weitere Informationen:
www.stoppt-ttip-und-co.de -
 Selbstverständnis

